Die Staats-Zeitung.

J. Georg Ripper, Box 19
Herausgeber.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Sept. 12, 1872.

An unsre Freunde.

Im Laufe der nächsten Woche beabsichtigen wir unsre Freunde und Gönner in Williamsport, Lockhaven und Renovo zu besuchen. In der darauffolgenden Woche gehts nach Sunbury, Shamokin und Danville. Die unvermeidlichen Läpplen wohl schon für uns in Bereitschaft liegen. Es wäre uns sehr lieb, wenn man einstweilen den schuldigen Betrag an die Herrn Agenten bezahlen würde; dadurch wäre uns vieles unnöthige Laufen erspart.

Katharinchen, hilf!

Ein gewisser Dr. Weichel, früher Feldarzt in der preußischen Armee, (so heißt es wenigstens,) hat folgendes „Eingesandt" im hiesigen „Vaterlandswächter" veröffentlicht:

Ein Mann, von so vielen Tausenden zum General-Feldmarschal erwählt, muß consequent sein, hier sowie in Deutschland. Und hat nicht unser General-Feldmarschal, U. Grant, das erfüllt, was so viele Millionen gewünscht? Hat er nicht so viele tausend Zügel in der Hand gehabt, um die Subordination bei dem Militär zu halten? Und so wird unser jetziger Präsident, U. Grant, nach seiner zweiten Wahl die Zügel der Regierung streng halten, und man wird dann rufen: „Hurrah für U. Grant!" Das ist die Ansicht eines alten Mannes von neunundsechzig Jahren. Dr. Weichel.

Wer muß nicht über obiges hochtrabendes „alt Weibergewäsch", wenn man es so nennen darf, lachen? Dr. Weichel spricht hier von Sachen, von denen er etwa so viel versteht wie der Papagei vom Mond.

Wer hat je gehört, von einem General-Feldmarschall (Herrscherum, welch ein Name!) der in Amerika von vielen Tausenden erwählt wurde? Hat Dr. Weichel gefaselt, als er jenen Satz schrieb, oder meint Dr. Weichel, das Volk sei dumm genug, um solchen Unsinn zu glauben? General-Feldmarschalle hat man in dem militärisch regirten Preußen, aber nicht im freien Amerika. Oder will Hr. Weichel etwa eine militärische Säbel-Herrschaft auch hier eingeführt haben? Davor wird sich das Volk höflichst bewahren.

Was Hr. Weichel in Bezug der vielen tausend Zügel welche Grant in seiner Hand gehabt haben soll, weiter meint, wissen w t; wahrscheinlich aber bezieht er sich auf die Zügel der Pferde, die Grant zu Geschenke erhalten hat.

Doch Halt! eben geht uns Licht auf. Hr. Weichel sagt, daß Grant nach seiner zweiten Wahl die Zügel der Regierung streng halten wird, das heißt so viel, daß Grant als militärischer Herrscher das Volk unter seine Zügel nehmen, und streng mit ihm verfahren werde! Schmeckt Das nicht echt „Preußisch" — nach Despotismus?! Oder ist es bloß Speichelleckerei seitens des Hrn. Weichel? Man lese seine Zeilen genau durch, und urtheile dann für sich selbst.

Was schließlich die Wünsche betrifft, welche Grant erfüllt haben soll, so sind dies lauter Seifenblasen und eitles Geschwätz. Gerade weil Grant die Wünsche vieler Millionen nicht erfüllt hat, haben Schurz, Sumner, McClure, Banks und viele andere seiner wärmsten Freunde ihn verlassen.

Wir würden Hrn. Weichel rathen, sich in Zukunft durch seine Quacksalbereien nicht wieder lächerlich zu machen, da sein „aufpuffen" des Useless („U" bedeutet useless) Grant nur zum Spott und Hohngelächter dient.

Kann sie nicht schlucken.

Stopft euch Das in eure Pfeife.

Der „Lancaster Volksfreund," das einflußreichste und älteste republikanische deutsche Blatt in Pennsylvanien, weigert sich, den radikalen Governörs-Candidat, Mr. Hartranft, und den Candidat für das Genral-Auditor-Amt, Mr. Allen, zu unterstützen, und hat deren Namen von der Spitze seiner Spalten herabgenommen! Das Verfahren des „Volksfreundes" hat eine ungeheure Aufregung, nicht allein in Lancaster County, sondern im ganzen Staate verursacht, da seine Tendenz bisher immer den Ton seiner Partei angab. Die Herausgeber jenes Blattes besitzen zu viel Ehren- und Gewissenhaftigkeit, um sich länger als Leithämmel einer betrügerischen Partei gebrauchen zu lassen. Für ihr offenes Auftreten und echte deutsche Ehrlichkeit, welche sie von ihrem sel. Vater geerbt haben, gebührt ihnen der wärmste Dank eines jeden rechtschaffenen Mannes. Doch, laßt uns hören, was der „Volksfreund zu sagen hat:

„Der „Cameron Ring"—republikanisch so lange als Republikanischer Erfolg dessen Tasche füllt—der „Ring," welchen in 1869 „Der Volksfreund" zu stürzen half, indem dadurch Stedman und Schenk als Candidaten für die Senatorial-Ernennungen durch Billingsfilt und Warfel geschlagen wurden—dieser „Ring" ist beharrlich und consequent gewesen, indem derselbe jede Rücksicht und jeden Candidaten der alleinigen Idee von Geldmachen durch Aemter-Schacherei aufopfert; für diesen Zweck sucht der Ring die herrschende Gewalt in der Gesetzgebung um die Erwählung eines Staats Schatzmeisters, und als eine Folge die Controlle der Staats-Fonds und gelegentlich die Erwählung eines Staats-Senators, für sich zu sichern.

Der gegenwärtige Kampf bietet dem „Ringe" doppelte Beute, und seine Anstrengungen beweisen seinen Entschluß alles zu gewinnen wenn Geld etwas vermöge. Mit seinem ehemaligen Feinde und späterem Opfer, Brubaker, hat er mit theilweisem Erfolge ein Ticket aus solchem Männern gebildet, welche durch den Köder eines Amtes, gelockt werden könnten, entweder Geld oder Achtung zu dem Erfolge eines Complotts zu bringen das darauf gerichtet ist die Schurkereien in der Verwaltung der Staats-Schatzkammer zu decken,—seinen Günstling als Staats-Schatzmeister zu erwählen oder wiedererwählen, und Simon Cameron oder dessen Nominirten zum Ver. St. Senator zu erwählen.

Zu diesem Zwecke unterstützt „der Ring" für den Congreß A. Herr Smith Esq., einen Mann für welchen die Ring-Führer ehemals keine Liebe gehabt haben, aber dessen Geld beitragen soll zur Ernennung von John E. Wiley für Staats Senator, und Hayden H. Tschudy, Amos H Mylin und Georg H. Ettla für die Gesetzgebung.

Dies ist nur ein Theil des größeren Complotts für die Erwählung von Hartranft und Allen, und obgleich „Der Volksfreund" niemals ein persönliches politisches Organ gewesen ist, halten wir uns durch das Vertrauen, welches die standhaften Bauern von Lankaster County in uns gesetzt haben, verpflichtet, denselben einen Aufruf ergehen zu lassen, daß die Zeit gekommen ist, um die Fesseln, in welchen sie so lange geruht, abzuschütteln.

Hartranft und Allen wurden durch eben denselben Schlag von Ring Politikern nominirt, wie die, welche auf Befehl Simon Camerons in Lancaster County schalten und walten wollen. Den ehrlichen und getreuen Mitgliedern der Republikanischen Parthei ist es nicht eine Pflicht, diesen Teufeln in Engelsgewändern zu folgen, vielmehr ist es ihre Pflicht diese Teufel zu entlarven und fortzujagen. Als Repräsentanten eines corrupten Ringes und der Verdorbenheit in Staats-Aemtern sind Hartranft und Allen an den Pranger gestellt worden, und alle Bemühungen der Ring-Schacherer, die Unglücklichen aus ihrer schmachvollen Lage zu retten, sind erfolglos geblieben. Mit jedem Tage kommt ihre Sache in übleren Ruf, und werden ehrlichen Republikanern die Augen durch ein grelleres Licht aufgemacht.

Der „Volksfreund" will nichts zu der Erwählung von Männern beitragen, deren einzige Hoffnung für Erfolg auf Betrug und Schwindel gebaut ist, und unsere Freunde werden nicht von uns erwarten, daß wir die Flagge von Hartranft und Allen in unseren Spalten länger wehen lassen."

Das ist starker Tabak für die radikale Betrüger und Schwindler. Was wird wohl der hiesige „Vaterlandswächter," und die übrigen radikalen Partei-Klepper zu diesem wohlgetroffenen Bannstrahl sagen; und was werden die noch ehrlichen Republikaner davon denken? Werden sie jene corrupte Partei noch länger unterstützen? Wir glauben nicht.

Hurrah für Wilmington!

Der erste demokratische Mayor erwählt seit 1860!

In Wilmington, Delawar, fand am letzten Mittwoch die Stadtwahl statt, in welcher die demokraten und Liberal-Republikaner ihren Mayor erwählten, mit einer Mehrheit von 72! Letztes Jahr hatten die Radikalen bei einer Councilwahl noch 383 Mehrheit, mithin beträgt deren Verlust nahezu 460 Stimmen. Bravo, Wilmington! der dortige „Pionier" sagt über die Wahl:

„Es ist dies ein Resultat, das hauptsächlich folgenden Ursachen zuzuschreiben ist. Herr Simms ist ein wohlbekannter, fähiger Bürger unserer Stadt, der das volle Zutrauen seiner Mitbürger besitzt. In der Niederlage seiner Gegencandidaten drückten die Bürger Wilmingtons aus, daß sie auch bei der Präsidentenwahl die jetzige Administration—deren Repräsentant Herr Daugherty bei dieser Wahl war—energisch überwinden wollen.

Durch den Sieg der Demokraten wird uns jedenfalls in den städtischen Verwaltungszweigen Ordnung und Sparsamkeit gesichert. Neue und tüchtigen Beamten, bes. im Polizeidepartment, dürfen wir mit Gewißheit erwarten und durch die Wahl eines aufgeklärten und liberalen Mayors ist den Temperenzlern und Wassermuckern für die nächsten 3 Jahre wieder die Gewalt geraubt, durchfeige Denunzianten und Spione gute und freiheitliebende Bürger, in Verluste und Schaden zu bringen.

Das Possenspiel in Louisville, Ky.

Eine Partei ohne Kopf.

Beide Candidaten danken ab.

Die Convention der Bourbonen und heimlichen Anhängern Grant's, ist am letzten Donnerstag ausgefallen wie das Hornberger Schießen. Sie hatten O'Connor von New-York für Präsident, und John Quincy Adams von Massachusetts für Vize-Präsident nominirt, allein Beide haben es abgelehnt, etwas mit diesem Neben-Show Grant's zu thun zu haben!

Es waren blos 18 Staaten in der Convention vertreten. Daß das Ganze ein Plan von Präsident Grant war, ist aus nachstehendem ersichtlich, das ein Correspondent des „St. Louis Republican" aus Springfield, Illinois, mittheilt:

„Große Aufregung ist in politischen Kreisen durch die Entdeckung hervorgerufen worden, daß prominente Congreßmitglieder und Beamte, die zur Grantpartei gehören, die Blanton-Duncan'sche Louisviller Convention dirigiren. Die ganze Correspondenz, welche sich auf die Bewegung in Illinois bezieht, und unter welchen sich Briefe von Blanton Duncan, Wilbur F. Storey, Major Will. C. Moreau und Anderen befinden, ist aufgefunden worden.

Diese Briefe stellen es außer Zweifel, daß Grant und seine Stelleninhaber in ganzen Lande die Drahtzieher für die nach Louisville berufene Convention sind. Der Inhalt sämmtlicher Briefe zeigt, daß die ganze Louisviller Conventions-Bewegung in Grant's Interesse durch Grant's Beamte und mit dem Gelde der Grant-Partei geleitet und von gewissenlosen Subjekten, sich Demokraten nennen, unterstützt wird. Simon Cameron lieferte den Delegaten freie Tickets um nach Louisville zu kommen. Das schwere Geld, welches d'ese Convention Grant und seinen Satrapen gekostet hat, ist rein zum Fenster hinausgeworfen, denn so einfältig wird wohl kaum der verbortste Bourbone sein, jetzt noch die Louisviller Convention für irgend etwas mehr als ein bloßes, durch Grant'sches Geld in's Leben gerufenes "Side-Show" zu halten, das im Volke selbst keinen Halt hat. Die Farce ist nunmehr zu Ende und das Feldgeschrei bleibt wie früher: „Hie Greeley! — hie Grant"

Eine Erklärung des Achtb. Randall.

Demokratisches Staats-Committe,
Philadelphia, 4. Sept. 1872.

Man hat viel Mühe und Fleiß darauf verwendet, um bei den Wählern des Staates den Glauben zu erzeugen, daß eine ungewöhnliche und übertriebene Majorität gegeben werden wird gegen das demokratische und liberal-republikanische Ticket bei der Oktober-Wahl in Philadelphia. Diese Prahlerei begründet sich auf beabsichtigte Betrügereien, die unter dem infamen und parteilichen Registrirgesetz möglich sind. Der Zweck dieser Angaben ist, die Radikalen des Staates zu ermuthigen und sie auf's Neue aus ihrer jetzigen gedrückten u. hoffnungslosen Lage in's Leben zu bringen und das, was ihnen jetzt fehlt, Energie und Enthusiasmus während der Wahl zu erregen.

Unsere Freunde in diesem und anderen Staaten brauchen keine Befürchtungen in Bezug auf Philadelphia zu hegen. Es ist wahr, es werden betrügerische Pläne arrangirt und es werden solche am Tage der Wahl versucht werden, doch wird ihre Ausführung mißlingen. Wachsamkeit ist bereits und wird noch fortwährend ausgeübt werden, um die Ausführung zu verhüten und bloszustellen.

Das Resultat in Philadelphia wird mit Hülfe von Tausenden hochherziger Republikaner eine Ueberraschung für unsre Freunde und unsre Opponenten sein. Ich habe in dieser Beziehung keine Furcht.

Einen bereits begonnenen betrügerischen Plan will ich erwähnen, um ihn bloszustellen u. zu vereiteln. Es ist mir bekannt geworden und der Beweis kann beigebracht werden, daß eine große Anzahl farbiger Männer—meistens jung—aus der Nachbarschaft von Harrisburg, Virginia und West-Virginia nach hiesiger Stadt gebracht werden, um bei den Wahlen im October und November zu stimmen. Die erstere Truppe erhielt ihre Tickets in Harrisburg, und die letztere in Chambersburg in unserm Staat. In gleicher Art wurden Neger in Erie, Clarion und anderen Counties untergebracht. Noch mehr werden erwartet.

Ich fordere nun alle Demokraten in jedem Wahldistrikt des Staates auf, Vigilanz-Committees zu formiren, um zu wachen und den Erfolg dieser versuchten Betrügereien zu verhindern und allen ähnlichen Anstrengungen entgegen zu treten.

Unter der Constitution sind diese farbigen Leute keine Einwohner ein Jahr gewesen und deshalb verhindert, an der Ausübung des Wahlrechts Theil zu nehmen; und in jedem Falle sollten Diejenigen, welche in den Gemeinden, wo sie stimmen wollen, unbekannt sind, genau befragt und angehalten werden, ihr Recht zum Stimmen zu beweisen, ehe ihnen gestattet wird, ihre Stimme abzugeben. Ich fordere die Demokraten auf, sich kräftig zu organisiren und bitte um besondere Wachsamkeit in den nördlichen, südlichen und westlichen Grenz-Counties des Staates.

Der Sieg im Oktober ist gewiß. Ich gebe diese Erklärung mit dem vollen Bewußtsein ihrer Wichtigkeit und des Gewissens, welches man einer solchen Erklärung beilegen sollte, wenn diese von Jemandem ausgeht, der sich einer so hohen Stellung des Vertrauens erfreut. Ich gebe sie aus Ueberzeugung und nach sorgfältiger Erwägung und mit vollständiger Kenntniß des Zustandes und der Tendenz der öffentlichen Gesinnung im ganzen Staate.

Der Wahlkampf ist einfach. Es ist die Frage zwischen Ehrlichkeit und Corruption in der zukünftigen Verwaltung des Staates. Das Volk wird eine überwältigende Wahl treffen zu Gunsten einer künftigen guten Regierung mit einer Majorität, welche außerhalb des Bereiches der Stimmen-Fälscher ist.

Samuel J. Randall,
Vorsitzender.

Was Horace Greeley schrieb und that, als Senator Wilson noch ein Know-Nothing war.

Die deutsche Grant-Presse beruft sich so gern auf Dinge, die Horace Greeley während seiner dreißigjährigen Thätigkeit als Journalist geschrieben hat oder geschrieben haben soll — (da sie ihm schon Vieles untergeschoben hat, das er nie gesagt, oder das Gesagte entstellt und gefälscht hat). Interessant wird es daher für jene deutschen Herren Journalisten sein, die erst nach dem Sturz der Know-Nothing-Partei und nach der festen Gründung der republikanischen Partei ihre politischen Lehrjahre antraten, wenn sie erfahren, wie der alte Meister Horace Greeley in jenen Tagen der „Fremdenverfolgung" sprach und handelte. Wir entnehmen das Folgende einer im „Wächter am Erie" veröffentlichten Skizze Greeley's:

Gleich nach der Präsidentenwahl des Jahres 1851 hatte die Tribune aufgehört, ein strenges Parteiorgan zu sein, denn so schwer Greeley die in seiner sittlichen Natur wurzelnden Ueberzeugungen über große Prinzipien ändert, so wenig hat er sich den Dictaten und der Disciplin einer Partei unbedingt gefügt. Diese Unabhängigkeit setzte ihn um so mehr in den Stand, seine Kraft auf den Kampf gegen das System der Sclaverei und gegen den damals in höchster Blüthe stehenden Amerikanismus oder Knownothingismus zu concentreiren.

Der engherzige, auf religiösen und nationalen Vorurtheilen beruhende Geist des Nativismus hatte sich schon 10 Jahre früher geregt und hatte schon damals an Greeley einen entschiedenen Gegner gefunden, nach 1853 aber erreichte derselbe seinen Höhepunkt. Genährt durch die religiösen und socialen Vorurtheile der eingeborenen Amerikaner gegen die massenhaft einwandernden katholischen Irländer und jedem Sonntagszwange abgeneigten Deutschen und deren wachsenden politischen Einfluß, führte derselbe zur Bildung geheimer Logen, welche unter dem Grundsatze „Amerika für den Amerikaner" den Eingewanderten ihre Rechte zu rauben suchten und bald so mächtig wurden, daß sie auch sonst besonnene Männer bethörten und Wahlen und Gesetzgebung in mehreren Staaten vollkommen beherrschten.

Die Adoptivbürger haben vielen ihrer damaligen Feinde verziehen; aber sie sollten die Verdienste des Mannes nicht vergessen, der mit klarerem Kopfe und warmem Herzen sich dem Strome entgegen warf und auf Kosten seiner Popularität und seines Einflusses in der Partei und gegen die Warnung politischer Freunde gegen den Nativismus einen so kräftigen und ausdauernden Kampf begann, daß er mehr als irgend ein Anderer dazu beigetragen hat, die Gefahren des „Amerikanismus" abzuwenden.

In einem Artikel vom 7. November 1854 heißt es:

„Der Amerikanismus mißversteht den Charakter des amerikanischen Volkes durchaus. Nach seiner Auffassung ist der „Amerikaner" ein renommistischer Kerl mit Revolver und Bowiemesser, zu jeder Zeit bereit, einen Mexicaner zu erschießen, einen Irländer zu mißhandeln oder einen Neger zu peitschen. In Wahrheit aber ist die amerikanische Nationalität auf Ideen, nicht auf Racen gegründet, unsere Nationalität ist unsere Selbstregierung, unser System das der Volksfreiheit und der gleichen Rechte. Der von wahrhaft demokratischen Ideen durchdrungene Mann ist im Grunde seines Herzens ein ächter (genuine) Amerikaner, wenn er auch erst heute aus einem Einwandererschiffe zum erstenmale den amerikanischen Boden betreten hat, während der Aristokrat, der freibeuterische (filibustering) Sclavenhalter, der gegen die Volksfreiheiten wühlende Demagoge ein Fremder ist, wenn auch amerikanisches Blut seit der Zeit der ersten Colonisten in den Adern seiner Vorfahren floß." — —

„Nichts verstößt so sehr gegen den Geist unserer Geschichte als der Grundsatz: „Amerika für die Amerikaner." Außer der Identität unserer nationalen Grundsätze haben wir keine nationale Identität und werden noch für Jahrhunderte keine haben.

„In dieser Erkenntniß gründeten unsere Väter die Verfassung auf den Grundsatz unbedingter Religionsfreiheit und gleicher Menschenrechte, ohne Rücksicht auf Nationalität.

„Fremdenhaß ist ein Zeichen des Barbarismus und nur für Türken und Chinesen geeignet.

„Diese „amerikanischen" Staatsmänner sollten lieber nach Bermuda oder New Foundland auswandern, und das Festland von Nordamerika einer weniger engherzigen und unedlen Bevölkerung überlassen.

„Zu keiner Zeit hat uns Europa werthvollere Elemente der Einwanderung geliefert. Künstler und Dichter, Patrioten und Philanthropen haben ihre Hoffnungen, ihren Heldenmuth, ihre Begeisterung mit herübergebracht und beschämen unsere käufliche Staatskunst und unsere Wahlfälschungen durch ihre erste Hingabe an politische Ideen."

Dieser Artikel erregte einen Sturm der Entrüstung unter den Nativisten; in einer Volksversammlung wurde beschlossen, die „Tribune" durch Entziehung von Abonenten zu vernichten, und selbst seine Freunde ermahnten ihn wenigstens zur Mäßigung. Darauf antwortete er in zwei anderen Artikeln vom 11. Nov. mit ebenso viel Stolz und Entschiedenheit wie folgt:

„Als vor 10 Jahren der Nativismus in New York und Philadelphia sich einzuschleichen suchte, da war die „Tribune" der entschiedenste Gegner desselben, um so entschiedener wird sie den jetzt offen hervortretenden Amerikanismus bekämpfen."

Und den Freunden, welche ihm vorwarfen, daß die meisten Einwanderer für die Proselavorei-Demokratie stimmten, antwortete er treffend:

„Wohl, dann stimmt gegen sie und sucht sie zu überstimmen, aber stimmt nicht dafür, ihnen das Stimmrecht zu nehmen und sie selbst zu Sclaven zu machen."

Bedürfen diese Auszüge eines Commentars? Können die Deutschen, welche Greeley's Verdienste während des deutsch-französischen Krieges so bereitwillig anerkannt haben, ihm die Anerkennung für das größere Verdienst versagen, die er sich durch eine so kräftige und beredte Vertheidigung ihrer Rechte zu einer Zeit er worben hat, als dieselben wirklich bedroht waren?—Ref.

Wer sind die Grant-Demokraten?

Wer noch daran zweifelt, daß gerade die Grantschreier sich mit den schlimmsten Elementen der demokratischen Partei verbinden, der sehe nach Louisville oder betrachte sich folgende vollständige Liste hervorragender Rebellen, die für Grant stimmen:

Ex-Gouverneur Wise von Virgina, der John Brown aufhängen ließ.

Ex-Gouverneur Holden, Rebellen-Gouverneur und später Tyrann und Staatsbetrüger in Nord Carolina, der vor dem erbitterten Volke und aus dem Staate fliehen mußte.

Der von Süd Carolina, ein hervorragender Secessionist.

Settle ein wegen schlechtem Betragen cassirter Rebellen-Capitän, später Präsident der Philadelphia Convention, welche Grant wieder nominirte.

Ackermann, der Gründer des berüchtigten Andersonville Gefängnisses, Adjutant der Rebellenarmee, und später von Grant zum V. St. Generalanwalt gemacht.

Brick Pomeroy, der famose Copperhead-Editor, der dem Lande zu Lincolns Ermordung gratulirt hat.

Alexander Stephens, Vicepräsident der Rebellenregierung.

Blanton Duncan, Ex Rebellenoberlieutenant und Knownothing.

Gen. Mosby, der berüchtigte Rebellen Guerilla Retterführer.

Kampf zwischen Bären und Ochsen.—Oben in Flag, schreibt, „Tr. Stiftsbad", kamen kürzlich zwei Bären nach der Stelle, wo ein kleines Mädchen einen Ochsen weidete. Der eine Bär ging gerade auf den Ochsen zu, hob sich auf die Hinterbeine und streckte schon die Tatzen zum Schlage aus, als er mit voller Wuth von dem Ochsen anfallen wurde, welcher ihm seine Hörner tief in die Brust bohrte so das er todt niederfiel. Das anwesend gewesene Mädchen lief, so schnell sie konnte, nach dem Bauernhofe hinunter und kehrte später mit einigen mit Messer und Beil bewaffneten Männern zurück, aber von dem Bären war nichts mehr zu sehen. Das Mädchen zeigte indessen den Kampfplatz und mau bemerkte dort eine Stelle, wo die Erde soeben aufgewühlt war, und darunter fand man die Bärenleiche, welche vermuthlich, nach dem gewöhnlichen Instinkte der Bären, von den Kameraden eingegraben worden war.

— Der Großherzog von Hessen-Darmstadt hat die Fräulein Wilhelmine Appel, eine Tänzerin geheirathet. Sie hat den Tittel Gräfin von Hochstadt erhalten.

Robert Lincoln, der Sohn Abraham Lincoln's, ist der Ansicht, daß sein Vater, wenn noch am Leben, jetzt entschieden Partei für Greeley nehmen würde.

Carl Schurz's große Rede in Chicago.

Aus der „Chicago Freien Presse" vom 12 Aug.

Schon von 6 Uhr an waren am letzten Samstag Abend die Straßen, welche nach der Turnhalle Vorwärts führen, belebter als gewöhnlich. Zu Fuß und zu Wagen aller Art zogen die Deutschen aus allen Stadttheilen eilig der Halle zu; die Straßenbahnwagen und die Omnibus der Halsted Str. zumal waren überfüllt, selbst auswärts hatten sich an die Letztern einzelne Leute angeklammert.

Der Beginn der Versammlung, welche einberufen war, um den hiesigen Deutschen Gelegenheit zu geben, ihren berühmten, wackern Landsmann, den Senator Carl Schurz seine Ansichten über die Tagesfragen entwickeln zu hören, war auf 8 Uhr angesetzt. Wer aber um diese Zeit bei der Vorwärts-Halle anlangte mußte auf Einlaß in den Saal, der bereits so voll war, daß kein Apfel zur Erde fallen konnte verzichten, und sich damit begnügen, den Rednern, welche von der im Freien errichteten Tribune sprachen, zuzuhören. Die Glücklichen aber, denen es gelungen, einen Platz in dem Saale oder auf der Gallerie zu erlangen, hielten denselben fest bis zum Schluß der Versammlung.

Ein lautes anhaltendes Hoch begrüßte die Ankunft des Senators, welcher wenige Augenblicke später in Begleitung eines Comite die Tribune bestieg und sich im Hintergrunde derselben niederließ, in der Nähe seines Vaters, welcher aus Monroe, Illinois, herbeigekommen war, um seinen Sohn zu sehen. Die Augen des alten Herr sollten bald vor Freude über den Triumph seines „Karl" leuchten.

Herr Diepsch schlug Hrn. Dr. Ernst Schmidt um Vorsitzenden vor, welcher unter ungeheurem Jubel als erwählt erklärt wurde.

Dr. Ernst Schmidt übernahm das Präsidium, indem er erklärte, daß er nur einige persönliche Bemerkungen machen wolle, da es unnütz sei, mehr zu sagen, wenn ein Schurz sprechen wolle. Die überfüllte Halle beweise ihm, daß es in der Stadt noch genug Bürger gäbe, welche unverblendet von Parteileidenschaft, wüßten, wo die rechte Seite sei und einen Mann als ihren Führer anerkennten, der es wirklich mit gut dem Lande meine. Der Redner erkläre, er sei einer der ältesten Republikaner, gehöre auch jetzt den Prinzipien nach noch der Partei an, die Anderen seien es, welche abtrünnig geworden, nur die, welche sich an der Partei gemästet, könnten seine Freunde als Verräther bezeichnen, wenn sie einem Manne vertrauten, der besser, ehrlicher und tüchtiger als Grant sei.

Dann trat der Vorsitzende einige Schritte zurück und führte Hrn. Schurz zur Rednerbühne. Der Jubel, welcher bei Schurz's Vortreten in der Versammlung entstand, spottet jeder Beschreibung. Alles erhob sich von den Sitzen, Hüte und Tücher wurden geschwenkt und das Hochrufen dauerte mehrere Minuten. Der deutsche Senator überblickte unterdeß freundlich die stattliche Versammlung, welche aus den besten Elementen des Chicagoer Deutschthums bestand. (Die Bierdrummler fehlten, da für denselben Abend mehrere Grant-Versammlungen angekündigt waren, bei denen „getreatet" werden sollte.)

Als sich der Beifallssturm einigermaßen gelegt hatte, begann Schurz folgendermaßen:

„Meine Freunde und deutschen Landsleute! Ich freue mich, Sie hier in so großer Masse versammelt zu sehen, da ich daraus erkenne, daß trotz des ungeheuren Unglücks, welches diese Stadt betroffen, das Wohl des Landes Ihnen noch am Herzen liegt und das Interesse für die gute Sache nicht erloschen ist.

Es ist jetzt etwa ein Jahr her, daß ich zuletzt die Ehre hatte, zu den Deutschen Chicago's zu sprechen. Damals, es war am 21. August v. J., erklärte ich zum ersten Male, daß ich aus gewissen Gründen den General Grant, falls derselbe wieder nominirt werden sollte, nicht unterstützen würde. Ich setzte als Hauptgrund hierfür auseinander, daß Grant die Bundesverfassung verletzt hatte und daß, wenn er wiedergewählt, dies als eine Rechtfertigung für ihn angesehen werden müsse und womöglich in seinem neuen Termin mit größerer Kühnheit die Verfassung brechen werde.

Damals stand ich völlig allein mit dieser Erklärung; heute — ich spreche dies mit Freuden aus — stehe ich nicht mehr allein. Ich ermahnte damals die Bürger, wenn das Interesse des Landes es erfordere, die Parteifesseln abzustreifen und Hunderttausende haben sich jetzt erinnert, daß sie amerikanische Bürger waren, die sie Republikaner waren. Tausende und aber Tausende sind es müde geworden, die Schellklappen der Partei zu tragen und haben sich jetzt als freie Bürger erklärt. Ich begrüße diesen Geist mit Freuden und in diesem Geiste lassen Sie mich heute Ihnen gegenüber die Tagesfragen behandeln. Die alte republikanische Partei, deren Mitglied ich war und von deren früheren Mitgliedern ich Hunderte oder Tausende vor mir sehe, setzt jetzt, die Wiederwahl Grant's auf weitere 4 Jahre verlangend, ihre Verdienste um das Land auseinander. Hat die Partei nicht wirklich diese Verdienste gehabt. Befreiete sie nicht 4 Millionen Sklaven? Schlug sie nicht die Rebellion tapfer nieder? Blühete unter ihrer Leitung nicht die Nation? Brachte sie nicht gleichmäßige Freiheit dem Lande? Ja Sie hat dies gethan! Aber wir gehören zu dieser Partei. Es gibt kein Verdienst der republikanischen Partei, für welches wir ebenso gut Lob verlangen können; wir haben unsern Theil daran. Alles Gute, was die republikanische Partei gethan hat, ist auch uns mit anzurechnen.

Kein Verdienst aber giebt einer Partei das Recht sich

auf die Bärenhaut

zu legen und sich als fauler Pensionär abfüttern zu lassen. Jeder Tag bringt neue Pflichten und wenn eine Partei das Vertrauen des Volkes behalten will, so muß sie diese Pflichten erfüllen. Die Pflichten bestehen nicht darin, Schlachten zu schlagen, nachdem der Krieg vorüber und eine

militärische Politik

in Friedenszeiten fortsetzen zu wollen. Jeder große Bürgerkrieg und jede große Revolution wie wir eine solche in diesem Lande gehabt haben, bringt Gefahren mit sich, deren Ueberwindung nothwendig ist. Als solche Gefahren bezeichne ich:

Erstens, die Neigung der Parteien die Feindseligkeiten nach Schluß des Friedens fortzusetzen, und den dadurch gebotenen Vorwand zu gehässigen, tyrannischen Maßregeln.

Zweitens, die Demoralisation des Gewissens des Volkes.

Drittens, Centralisation der Gewalt bei der Regierung und Entstehen von Partei-Tyrannei.

Diese Folgen zu bekämpfen und zu beseitigen gehört zu den Pflichten aller treuen Bürger. Sehen wir, ob die republikanische Partei der Sie und ich angehörten und deren wahre Prinzipien Sie und ich noch heute hochhalten, diese Pflichten erfüllt hat.

Der Krieg führte verschiedene Resultate im Süden herbei. Die Sklaverei hörte auf und die

freie Arbeit

wurde eingeführt.

Es mußte nun entweder eine Sicherung und Entwickelung der freien Arbeit seitens der Bundesregierung durch besondere Maßregeln durchgesetzt werden, oder man mußte den freien Arbeitern ermöglichen, sich selbst zu schützen, indem man ihnen das verfassungsmäßige Mittel, das Stimmrecht, gewährte. Letzteres thaten wir. Jeder von uns weiß, daß dies gegen die Vorurtheile, welche die herrschende Klasse im Süden bisher gehabt, verstieß. Deshalb opponirte diese, und es wurde nöthig, Mittel anzuwenden, um die weiße Bevölkerung des Südens mit der neuen Ordnung der Ding auszusöhnen, und die Möglichkeit einer lokalen Selbstverwaltung des Südens wieder herbeizuführen.

Mit allgemeiner Verleihung des Stimmrechts mußte auch Gewährung

allgemeiner Amnestie

verbunden sein. Nachdem man Gewalt in die Hände von unwissenden Menschen gelegt hatte, mußte man der Opposition gleiche Rechte mit denselben ertheilen. Wenn dies nicht geschah, so konnten nur Mißregierung und Unglück entstehen.

Hat nun die republikanische Partei den Erfordernissen der Situation Rechnung getragen? Hat sie dem Süden seine Rechte, hat sie zur richtigen Zeit allgemeine Amnestie bewilligt? (Rufe, Nein!)

Die Republikaner haben widerwillig eine theilweise Amnestie bewilligt, aber erst nachdem die Cincinnati Convention gehalten war, und nachdem es die Partei für gefährlich hielt, noch länger zu zögern gab sie nach, geleitet von dem Wunsche, sich selbst zu halten, nicht von Gerechtigkeitsgefühl. Nicht durch sentimentale Großmuth wurden wir zur Forderung einer allgemeinen Amnestie bewegt, sondern durch das Erkennen der Nothwendigkeit.

Die Administration sandte allerhand Abenteurer nach dem Süden, welche sich das Vertrauen der unwissenden Farbigen zu erschleichen wußten, und eine Carpetbagger-Regierung wurde eingeführt, ein Raub- und Plünderungssystem. Wenn das

Volk des Nordens

wüßte, wie der Süden während der letzten 5 Jahre ausgeraubt und unterdrückt worden ist, und wenn die ganze Schwere des demselben zugefügten Unrechts bekannt wäre, so würde die Zahl derjenigen, welche die Fortdauer der jetzigen Administration um weitere vier Jahre wünschten, bedeutend geringer sein, als dies jetzt der Fall ist.

Die Staatsschulden von Nord Carolina, welche beim Ende des Krieges 15 Millionenwerth auf 78 Millionen Dollars betrugen, sind jetzt durch die Carpetbagger Regierung auf 40 Millionen Dollars heraufgebracht worden. Die Eisenbahn-Anleihe von 16 Millionen verschwand bis auf die Summe von 200,000 Dollars in die Taschen von Carpetbaggern, das Land erhielt für dieselben keine 10 Meilen Eisenbahn.

Das steuerbare Eigenthum im Staate aber ist innerhalb 10 Jahren von 143 Millionen herabgesunken.—In welchem Maße ist dagegen in Illinois während dieser Zeit der Werth des Eigenthums gestiegen. — Der republikanische Gouverneur von Nord Carolina selbst mußte kürzlich in seiner Botschaft erklären, daß das Volk die ihm aufgebürdeten Lasten nicht mehr tragen könne. Aehnliche Zustände herrschen in allen Südstaaten mit Ausnahme derjenigen, in welchen bei Zeiten eine liberale Regierung eingeführt wurde. Die Administration in Washington hat aber allen Einfluß aufgeboten, um dieselben Spitzbuben im Amte zu halten welche das Volk ausplünderten und beraubten. Sollen wir uns dazu hergeben, diese Schandwirthschaft auf weitere vier Jahre zu verlängern, das Raub- und Plünder-System gutheißen um eine Partei zu stützen, Nein! gewiß nicht. Das hieße ja eine Partei zum Tyrannen des Volkes machen.

Die zweite Pflicht besteht darin, der Demoralisation der Regierungsbeamten zu steuern. Die republikanische Partei beraubte das Volk des Nordens freilich nicht in dem Maße, als dies mit den Südländern geschah. Hier sind keine 16 Millionen wie in Nord Carolina gestohlen worden. Doch fehlt es unseren Beamten an der richtigen Pflicht-Erkenntniß, welche, sie besitzen sollten. Sehen wir, wie der Präsident seine Macht dazu benutzt sich und seiner Sippschaft es wohl sein zu lassen. Das ist natürlich ein Beispiel für die anderen Beamten. Diese denken, daß sie das, was der Präsident thut, auch thun dürfen. Erinnern wir uns Alle nicht noch einer Zeit, in welcher Diebshöhle von öffentlichen Geldern und Unterschlagungen in allen Theilen des Landes Schlag auf Schlag einander folgten? Wissen Sie nichts von gewissen Debatten im Senate über diese Angelegenheiten? Sie denken vielleicht noch an die New Yorker Zollamts Angelegenheiten? Unterstützt nicht die herrschende Partei diese Beamten, anstatt deren Entlassung zu bewirken? Und weshalb unterstützt die Administration die Räuber im Norden? — Aus demselben Grunde, aus dem sie die Carpetbagger im Süden begünstigt, — um ihre Macht zu behalten. Eine Partei, welche die Corruption beschützt, kann meine Partei nicht mehr sein (Beifall.)

Ihr rechtschaffener Senator Trumbull und ich, die wir dem Volke helfen wollen, sind als Verräther verschrieen worden. Wenn Grant abermals auf 4 Jahre in's